

Bürgerbegehren offiziell angemeldet

Von Konstantin Kraft

Wechselt die städtische Kita in Brüssow doch noch in die Trägerschaft der Stephanus-Stiftung? Ein Bürgerbegehren will diese Option neu auf den Verhandlungstisch holen. Bald beginnt die Sammlung der Unterschriften. Zehn Prozent der Brüssower Einwohner sind nötig, um einen erneuten Beschluss auf den Weg zu bringen.

BRÜSSOW. Unter welchem Träger soll die Kita „Sonnen-schein“ in Brüssow künftig geführt werden? Ende Januar hatten die Stadtverordneten mehrheitlich entschieden, dass die Einrichtung in städtischer Trägerschaft bleiben soll. Damit wurde ein einstimmiger Beschluss aus dem Jahr 2015 hinfällig, der einen Trägerwechsel der Kita nach Fertigstellung in die Hände der Stephanus-Stiftung vorgesehen hatte.

Gegen den neuerlichen Beschluss der Stadtverordneten regt sich allerdings Widerstand. Am Freitag wurde ein Bürgerbegehren im Amt Brüssow angemeldet mit dem Ziel, „die jüngste Entscheidung der Stadtverordneten zu kippen und damit das Amt Brüssow mit der Stephanus-Stiftung erneut an einen Tisch zu bringen, um ernsthaft über den Trägerwechsel der Kita zu verhandeln“, erläutert Daniel Bruch. Gemeinsam mit Karin Albrecht zählt



Von Links: Katrin Sternbeck, Wahlleiterin in Brüssow, Ulrich Schwanecke, Hauptamtsleiter, Birgit Briese, stellvertretende Amtsdirektorin, Karin Albrecht, Michael Rakow, Bürgermeister der Stadt Brüssow und Daniel Bruch.

FOTO: KONSTANTIN KRAFT

er zu den Vertrauensleuten für das Bürgerbegehren. „Wir verbinden mit einem Trägerwechsel große Chancen für eine positive Entwicklung“, ergänzt Daniel Bruch.

Die vorgebrachten Gründe einiger Stadtverordneter, die gegen einen Trägerwechsel sprechen würden, seien nicht nachvollziehbar: „Eine grundsätzliche Ablehnung für einen konfessionellen Träger gibt es in Brüssow nicht.“ Neben der Fragen nach Mehrkosten wurde dies als maßgebliches Argument

gegen einen Trägerwechsel von einigen Stadtverordneten angeführt.

Mit der Anmeldung des Bürgerbegehrens muss das Amt Brüssow nun eine Kostenschätzung erarbeiten, wie viele Mehrkosten auf den Haushalt der Stadt durch den Wechsel der Trägerschaft zur Stephanus-Stiftung entstehen würden. „Diese Schätzung muss genau so auf der Liste für die Unterschriftensammlung mit abgedruckt werden“, erklärt Hauptamtsleiter Ulrich Schwanecke. Für

das Jahr 2019 würden sich diese Mehrkosten auf circa 28 300 Euro belaufen, wie die Amtsverwaltung in einer Stellungnahme bereits Mitte Februar erklärte, der Uckermark Kurier berichtete.

Zehn Prozent der wahlberechtigten Bürger in der Stadt Brüssow, einschließlich der Ortsteile, müssen unterschreiben, um das Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen. Im Moment wären dafür rund 160 Stimmen nötig, so der Hauptamtsleiter. Nach Veröffentlichung der

Beschlussfassung zum Kita-wechsel im Amtsblatt (Ende Februar erfolgt) bleiben den Initiatoren des Bürgerbegehrens acht Wochen Zeit, um die Unterschriften zu sammeln. Sofern die erforderliche Anzahl an Unterschriften erreicht wird, „müssen die Listen schriftlich beim Wahlleiter eingereicht werden“.

Hat der Wahlleiter keine Beanstandungen, sind die Stadtverordneten in Brüssow gefragt, auf das Begehren zu reagieren. Halten sie dennoch an ihrem Beschluss

fest, kommt es zum Bürgerentscheid.

„Für mich ist der Trägerwechsel die einzige Chance, die bestmögliche Erziehung für die Kinder sicherzustellen“, betont Michael Rakow, Bürgermeister der Stadt Brüssow, der das Bürgerbegehren unterstützt. Er wolle zwar selbst keine Unterschriften sammeln, aber die Zusammenarbeit zwischen Amt und den Initiatoren des Bürgerbegehrens unterstützen. Wenn nötig, solle auch eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einberufen werden. Sollte es zu einem Bürgerentscheid kommen, wäre es wichtig, „dass die Abstimmung am Tag der Kommunalwahlen stattfindet“, so der Bürgermeister.

„Bislang haben sich 23 Bürger bereit erklärt, die erforderlichen Unterschriften mit zu sammeln“, so Daniel Bruch. Am 11. März um 19 Uhr ist eine Informationsveranstaltung im großen Sitzungssaal im Brüssower Haus der Begegnung terminiert. Diese Veranstaltung richtet sich an alle interessierten Bürger. Ziel solle sein, ein klares Lagebild darzulegen, um die Diskussion um den Trägerwechsel der Kita „Sonnen-schein“ zu versachlichen. Vertreter der Stephanus-Stiftung haben ihre Teilnahme ebenfalls zugesagt, informiert Bruch.

Kontakt zum Autor
k.kraft@nordkurier.de



Die Digitalisierung soll auch im Prenzlauer Kreiskrankenhaus weiter voran gebracht werden.

FOTO: MARIJAN MURAT/ARCHIV

Auf dem Weg zur digitalen Patientenakte

Von Konstantin Kraft

Die Gesellschaft für Leben und Gesundheit schreibt schwarze Zahlen. Auch im Bereich der Medizin werden die Weichen für die Zukunft gestellt.

PRENZLAU. Beim Neujahrsempfang der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) im Kreiskrankenhaus Prenzlau konnte die Unternehmensführung nicht nur ein erfolgreiches Jahresergebnis im kaufmännischen Bereich verkünden. Der GLG-Verband schreibt einen Gewinn in Millionenhöhe. Auch auf zahlreiche Innovation und Bauprojekte im Bereich der medizinischen Versorgung,

die im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht worden sind, durfte angestoßen werden. Davon profitiert insbesondere auch der Gesundheitsstandort in Prenzlau.

Das Thema Digitalisierung soll in Zukunft eine größere Rolle in den Kliniken spielen, sagt Dr. Steffi Mirosław, medizinische Geschäftsführerin der GLG. Allen voran stehe dabei die digitale Patientenakte, die auch in Prenzlau auf den Weg gebracht wird. Bei der täglichen Arbeit soll sie den Ärzten und Pflegern Arbeit abnehmen, um mehr Zeit für die Patienten zu haben, „etwa ein Drittel der Pflegezeit ist Dokumentationsaufwand“, rechnet Dr. Steffi Mirosław vor. „Alle Maßnahmen rich-

ten sich auf das gemeinsame Ziel, dem Anspruch der Qualitätsführerschaft der GLG auch künftig gerecht zu werden.“

Unter dem Einsatz von Telemedizin und in Kooperation mit der Klinik für Radiologie und Neuroradiologie am Werner Forßmann Klinikum in Eberswalde sowie der Universitätsmedizin der Charité in Berlin können seit Ende 2018 auch Schlaganfall-Patienten im GLG-Kreiskrankenhaus in Prenzlau behandelt werden. Dazu wurden vier spezielle Überwachungsbetten in der Nähe der Notfallstation im Prenzlauer Krankenhaus geschaffen, erläutert Dr. Steffi Mirosław. „Wir haben jähr-

lich etwa 1000 Schlaganfälle in der Region“, bilanziert die medizinische Geschäftsführerin.

Mit rund acht Millionen Euro Fördermitteln aus dem Krankenhausstrukturfonds wird das GLG-Kreiskrankenhaus Prenzlau derzeit zu einem stationär-ambulanten Gesundheitszentrum weiterentwickelt. Eine weitere Maßnahme, um eine umfassende und moderne medizinische Versorgung in der Region auf Dauer sicherzustellen. Die GLG-Krankenhäuser in Angermünde und Prenzlau sind inzwischen auch Lehrkrankenhäuser, sie kooperieren mit der Medizinischen Fakultät der Universität in Stettin.

Sekundenschlaf am Steuer führt zu fatalen Folgen

Von Kai Horstmann

Müdigkeit im Straßenverkehr ist eine der häufigsten Unfallursachen. Das bekam am Freitag auch ein Fahrer auf der A 11 zu spüren.

UCKERMARK. Den Start ins Wochenende hatte sich ein 49-jähriger Stettiner sicher auch anders vorgestellt. Für ihn endete die Heimfahrt zur Familie mit seinem Opel Vectra am Freitagfrüh bereits neunzig Minuten nach seinem Start in Berlin auf der Autobahn 11 zwischen den Anschlussstellen Gramzow und Schmöln.

Der Schlosser war gegen 7.45 Uhr hinter dem Steuer

eingenickt. Bei der ausgelösten Kettenreaktion zeigte sich sein Schutzengel dagegen hellwach. Zwischen einem Autobahnschild und dem Beginn einer Leitplanke war der eingeknickte Fahrer auf den Grünstreifen geraten und eine Anhöhe hochgefahren. Er lenkte das Fahrzeug entlang der Leitplanke – außerhalb der Fahrspur – und konnte einen Zusammenstoß mit einem Baum nicht verhindern. Durch die Wucht hob der Vectra ab, überwand einen Baumstumpf und schlug vor der Leitplanke auf. Insgesamt legte er eine Strecke von gut 70 Metern zurück. Der polnische Fahrer konnte unverletzt sein

Fahrzeug verlassen. Am Opel Vectra, Baujahr 2002, entstand Totalschaden in Höhe von rund 1500 Euro.

Lange musste der Unglücksfahrer nicht vor Ort auf Hilfe warten. Zwei Beamte der Autobahnpolizei, die auf dem Weg zu Absicherungsmaßnahmen für Baumschneidearbeiten auf der Autobahn 11 bei Finowfurt waren, fuhren zum Einsatzort. Polizeioberkommissar Lutz Krickow vom Polizeiautobahnrevier Bernau: Der angerichtete Schaden ist im Vergleich gering. Das überfahrene Schild mit einem GlatteisHinweis dürfte unter 30 Euro liegen.

Die rechte Spur der Auto-

bahn in Richtung Landesgrenze blieb bis etwa 10 Uhr gesperrt. Die Polizeibeamten leiteten noch vor Ort ein Strafverfahren nach Paragraph 315 c ein, da der Fahrer laut Lutz Krickow wegen seiner Müdigkeit einen körperlichen Mangel aufwies. So wird laut Strafrechtbuch derjenige mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe belegt, der fahrlässig handelt oder fahrlässig einen Unfall verursacht, weil er infolge geistiger oder körperlicher Mängel nicht in der Lage ist, ein Fahrzeug sicher zu führen.

Kontakt zum Autor
k.horstmann@nordkurier.de



Der polnische Fahrer fuhr mit seinem Opel Vectra einen Hang hoch, prallte gegen einen Baum, überfuhr einen Baumstamm und kam dann erst zum Stehen.

FOTO: KAI HORSTMANN